



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion:
Zeitlich befristete Ausserkraftsetzung des gesetzlichen
Steuererhöhungs-Mechanismus**

Autor/in: [Hans-Jürgen Ringgenberg](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 28. Oktober 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Defizitbremse, so nennt sich der Steuererhöhungs-Mechanismus, ist, wie vorauszusehen war, in ihrer jetzigen Form eine Fehlkonstruktion. Sie konnte ihre präventive Wirkung nie entfalten und auch in keiner Weise zur Disziplinierung der ausgabenfreudigen politischen Kräfte beitragen. Ganz im Gegenteil. Durch Auflösung von zweckgebundenen Rückstellungen und die Äufnung einer Konjunkturschwankungsreserve, die als Eigenkapital eingesetzt werden kann, wird der Mechanismus der Defizitbremse elegant umgangen, damit nicht wünschbare Steuererhöhungen in Zeiten der Finanzkrise verhindert werden können. Ein Spardruck und Sparwille wird dadurch in keiner Weise erzeugt und gefördert, dafür aber die Notwendigkeit von Massnahmen auf der Aufwandseite unterlaufen.

Steuererhöhungen sind in der Tat in Krisenzeiten zu verhindern. Es wäre deshalb richtig, die Defizitbremse, d.h. die gemäss § 32b des FHG vorgesehenen Massnahmen, solange ausser Kraft zu setzen, bis eine wirtschaftliche Erholung erwartet werden darf oder eingetreten ist. Nach Einschätzung der Regierung ist dies frühestens im Jahr 2013 der Fall. Die Befristung sollte deshalb bis Ende 2013 Gültigkeit haben.

Auf der Aufwandseite sind, wie im gleichen § des FHG stipuliert, während dieser Frist der Handlungsspielraum unbedingt auszuschöpfen und die notwendigen Massnahmen zur Erzielung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts massiv zu verstärken. Zudem ist während dieser Zeit die Ausarbeitung und Einführung einer wirksamen Ausgaben- und/oder Schuldenbremse anzustreben.

Die Regierung wird somit beauftragt, den Steuererhöhungs-Mechanismus, genannt Defizitbremse, d.h. § 32b des FHG, vorläufig bis Ende 2013 ausser Kraft zu setzen. Die Zeit sollte von der Regierung dazu genutzt werden, um eine Vorlage für eine echte Ausgaben- und/oder Schuldenbremse auszuarbeiten.